

blickpunkt

ZEITUNG DER DKP FÜR MÖRFELDEN-WALLDORF



Die See-Gärten nicht zubauen!

Die DKP war am 8. August mit den Fraktionsmitgliedern der DKP/LL im „See“, wie das Gebiet hinter der Langener Straße in Mörfelden auch genannt wird. Eingeladen wurde zur Veranstaltung „Fraktion vor Ort“ und über 80 Personen nahmen in glühender Hitze teil, darunter auch viele Anlieger, die gegen die Bebauung dieser „grünen Lunge“ sind.

Zwischen Gärten und „Insektenhotels“ wurde diskutiert, kamen die Bürgerinnen und Bürger zu Wort. Die von der Koalition aus SPD, Freie Wähler und FDP beschlossene Machbarkeitsstudie zur Bebauung der „See-Gärten“ wurde entschieden abgelehnt. „Wer eine solche Planung einleitet, hat sich weit von der Bevölkerungsmehrheit entfernt“, war eine Aussage, der heftig zugestimmt wurde.

Die DKP/Linke Liste will helfen, dass die Pläne der See-Bebauung im Papierkorb landen. Es wird Unterschriftenlisten und Plakate geben.

Im „blickpunkt“, auf instagram, Facebook und der Website dkp-mw.de wird informiert und Material angeboten (Mehr auf Seite 2).



Volker Arndt, Stadtverordneter der DKP/LL bei der „Fraktion vor Ort“.

Alles Verbrecher

... heißt eine Kriminalfilmreihe der ARD. Der Titel passt auch zu Tönnies und Co. und Wirecard und dem ganzen kapitalistischen System. Der Wirecard-Skandal zeigt, wie mangelhaft die Kontrollen von Konzernbilanzen sind. Bezahlt werden die Prüfer nämlich vom Prüfling selber. Das Interesse, Schummeleien oder gar kriminelle Vorgänge aufzudecken, hält sich daher in Grenzen. Die ganze deutsche Wirtschaft wegen des Wirecard-Skandals unter

Generalverdacht zu stellen, geht aus Sicht des Dachverbandes der Wirtschaftsprüfer, IDW, zu weit. Wie auch immer: Tatsächlich ist Wirecard ein besonderer Fall. Der Dax-Konzern hatte Guthaben über 1,9 Milliarden Euro verbucht, die nicht aufzufinden sind. Die Summe entspricht einem Viertel der Bilanzsumme des Unternehmens. Das hätte den Wirtschaftsprüfern eigentlich auffallen müssen. Interessenkonflikte sind außerdem

Fortsetzung letzte Seite



Betonieren verhindern

© google

Die Kleingärten im See sind bei den Bürgerinnen und Bürgern sehr begehrt. Sie sind kleine ökologische Nischen, die man nicht leichtfertig zubauen darf. Wir sind eine kleine Stadt, aber sie braucht ringsum zunehmend „Grüne Lungen“.

Die Waldschäden durch zwei Jahre extreme Trockenheit, der Sturm im August 2019 mit ungeheuren Schäden, haben uns vor Augen geführt, wie begrenzt die natürlichen Ressourcen sind. Und Corona mit Reiseeinschränkungen und „Eingesperrtsein“ hat viele Menschen zu Gartenliebhabern gemacht.

Die Mörfelder wussten das fruchtbare Seebodengebiet zwischen der

heutigen Langener Straße, der Umgehungsstraße B44 und der Seegasse schon früh als Gartenland zu schätzen. Bis heute ist das Gelände „im See“ ein beliebtes Kleingartengelände und viele Mörfelder haben dort ihr „Seesticksche“.

Auf dieses Gebiet wird jetzt ein Angriff verübt: Die Rathaus-Koalition aus FW, SPD und FDP möchte es gerne zum Baugebiet erklären. Warum? Es gibt ein Projekt „Großer Frankfurter Bogen“, mit dem die Stadt Frankfurt unter Mithilfe des Landes Hessen ihr Wohnungsproblem dem Umland aufhalsen möchte.

Wir sollen für Frankfurt bauen. Natürlich gibt es dafür ein paar Landeszu-

schüsse, die aber die unvermeidlichen Folgekosten (Verkehr, teure Infrastrukturmaßnahmen, Kindergärten usw.) sicher nicht zu decken vermögen, von den Umweltschäden ganz zu schweigen. Wer am Morgen, vor allem im Frühling, durch die Wege zwischen den kleinen Gärten geht, hört, was verloren ginge, wenn hier zubetoniert würde. Vogelgezwitscher - viele Nester in vielen Bäumen und Hecken. Der Wiedehopf, sehr selten geworden, erstmals wieder zu sehen. Das alles mitten im südlichen Stadtteil von Mörfelden-Walldorf. Wir werden genau beobachten, wie sich die örtlichen Parteien verhalten. Im März ist wieder eine Kommunalwahl!



Dietmar Treber und Gerd Schulmeyer (Foto) erklärten bei der „See-Begehung“ die Hintergründe der Wohnungsnot. Wohnen wird trotz Coronakrise teurer. Für Normalverdiener gibt es bald keinen Platz mehr in Frankfurt. Man drängt ins Umland. Der Immobilienboom in Deutschland hält weiter an. Man kann ungeheure Profite machen. Keiner bremst die Spekulanten. Trotz der immensen wirtschaftlichen Folgen der Pandemie sind die Mieten sowie Preise für Wohnungen und Häuser im ersten Halbjahr demnach weiter gestiegen. Konkret kletterten die Angebotsmieten für Bestandswohnungen im zweiten Quartal auf durchschnittlich 7,47 Euro je Quadratmeter, ein Plus von 0,8 Prozent zum ersten Jahresviertel und von 3,6 Prozent zum zweiten Quartal 2019. Auch Eigentumswohnungen wurden teurer: Hier stiegen die Angebotspreise auf 2183 Euro je Quadratmeter - gut 1,8 Prozent mehr gemessen am Vorquartal und 8,5 Prozent als vor einem Jahr. Deshalb der Druck auf die Städte im Umland. Hier kann man aber auch nicht alles zubauen. Mörfelden-Walldorf braucht Frischluftschneisen und darf die grünen Lungen nicht zubetonieren.

Mahnwache in Walldorf



Die DKP Mörfelden-Walldorf und die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) bei einer Mahnwache am Bahnhof in Walldorf. Für die DKP sprach Tim Beyermann: „75 Jahre nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki besteht weiterhin unvermindert die Gefahr eines Atomkrieges. Es werden wieder neue Trägersysteme gebaut und die Arsenale modernisiert. Im rheinland-pfälzischen Büchel werden weiterhin amerikanische Atombomben gelagert und um diese Bomben im Rahmen der nuklearen Teilhabe Deutschlands ausfliegen zu können, möchte Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) jetzt auch noch 45 neue F-18 Kampffjets von Boeing kaufen.“

In diesen Tagen gedachten Menschen weltweit der Opfer der US-Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki vor 75 Jahren.

Das Erinnern an dieses Verbrechen gegen die Menschheit hat eine klare Botschaft: Nie wieder! Nie wieder Hiroshima und Nagasaki heißt für uns auch: US-Atomwaffen raus aus Deutschland!

Energiewende auch bei der Rüstung

Alle Atomwaffen müssen weg

Nach dem Supergau von Fukushima, den die japanische Atomaufsichtsbehörde als „katastrophalen Unfall“ einstufte, wurde sehr schnell über fast alle politischen Lager hinweg ein Konsens darüber hergestellt, dass es so nicht weiter gehen könne. Die sogenannte Energiewende wurde eingeleitet.

Anders als bei Fukushima handelte es sich bei Hiroshima und Nagasaki vor 75 Jahren nicht um einen Unfall, sondern um ein bewusst geplantes und eiskalt durchgeführtes Menschheitsverbrechen, das zudem in seiner Wirkung gegenüber dem „Wind“ von Fukushima wie ein infernalischer Orkan erscheint.

Warum gibt es das Umdenken nur bei der zivilen Nutzung der Kernenergie und nicht bei der (verbrecherischen) militärischen Anwendung? Warum kündigen die USA einen Atomwaffenvertrag nach dem anderen? Warum brechen sie laufende Abrüstungs- oder zumindest Atom-

waffenbegrenzungsverhandlungen einseitig ab? Und wo bleibt hier die moralische Entrüstung und die notwendige politische Aktion des Führungspersonals der deutschen Politik? Es gibt sie nicht oder nur vereinzelt!

Was es gibt, ist der Wunsch und Wille nach atomarer Teilhabe der Bundeswehr. Deshalb kommt man den Forderungen von US-Präsident Trump eiligst nach, deshalb arbeitet man gezielt an der Erhöhung des Rüstungsetats und deshalb bestellt Frau Kramp-Karrenbauer neue atomwaffenfähige Kampffjets beim US-Rüstungskonzern Boeing (wie Trump es will). Aber was vielleicht das Gefährlichste ist: Deutschland lässt sich fast ohne

Gegenwehr in den neuen Kalten Krieg hineinziehen, den die USA gegen Russland und China gerade anzetteln. Es ist zu befürchten, dass ein Kalter Krieg in der gegenwärtigen Situation viel schneller zu einem heißen Krieg werden kann, als jemals zuvor in der Geschichte der internationalen Beziehungen.

Als Schlussfolgerung bleibt: Die Betreiber der Energiewende müssen sich mit gleicher Vehemenz gegen die Atomwaffen weltweit wenden! Auf kommunaler Ebene geschieht das schon einiges. Aber die Regierungen in den Ländern und im Bund – Fehlansätze!

A. S.



Sorgt doch, daß ihr die Welt verlassend Nicht nur gut wart, sondern verlaßt Eine gute Welt!

BERTOLT BRECHT

Alles Verbrecher

Fortsetzung von Seite 1

dadurch programmiert, dass die großen Wirtschaftsprüfer auch als Unternehmensberater tätig sind.

Im Fall von Wirecard lagen die vermissten Summen offiziell auf Treuhandkonten, die Dritten gehörten. Die Kreditinstitute verweigern unter Verweis auf das Bankgeheimnis Auskunft über solche Konten.

Finanzminister Scholz (SPD), zuständig für die Finanzaufsicht Bafin, die in diesem Falle ebenfalls eine zweifelhafte Rolle spielt, schob den „Schwarzen Peter“ schnell an die Prüfer weiter. Seit zehn Jahren sei Wirecard von einer großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft worden, „die einen guten Ruf hat“, wiederholte der jetzt nominierte SPD-Kandidat mehrfach in Interviews. Eigentlich sollte jedem klar sein: Die Wirtschaft darf sich nicht selbst kontrollieren. Das muss der Staat übernehmen.

Die Bundesregierung als Türöffner des Kapitals

Als bekannt wurde, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel auf ihrer China-Reise im September 2019 ein gutes Wort für Wirecard einlegte, war die Aufregung groß. Was wusste die Kanzlerin damals von den Vorwürfen gegen das Skandalunternehmen? „Nichts!“, heißt es heute.

Aber man muss doch fragen: Warum setzen sich Regierungspolitiker überhaupt so schamlos für die Unternehmen ein? Sind sie dann nicht ganz offen Lobbyisten der Konzerne im Ausland? Da läuft schon was! Bei Merkel besonders häufig im Schlepptau: Siemens-Chef Joe Kaeser. Er war bei acht der zehn Reisen von Merkel mit an Bord. Auch Sigmar Gabriel betätigte sich gerne als Reiseleiter für die Wirtschaft. Als der SPD-Politiker im März 2015 auf die Arabische Halbinsel flog, nahm er 84 Wirtschaftsvertreter auf einmal mit.

Die Große Koalition machte da weiter, wo die alte aufgehört hatte. Allein in ihrem ersten Jahr gab es 20 Auslandsreisen, bei denen insgesamt rund 200 Lobbyisten und Manager mitreisten. Die Verzahnung von Politik und Kapital spielt auch eine Rolle beim Poker um Kredite für das in Bedrängnis geratene Griechenland. In die Grundsatzeinigung zum dritten Kreditprogramm diktierten die internationalen Gläubiger, dass Athen „unwiderrufliche Schritte“ machen müsse, einige griechische Regionalflughäfen an den Gewinner des Bieterverfahrens zu verkaufen. Und dieser war Fraport. Auch Ministerpräsident Volker Bouffier hat sich dafür ins Zeug gelegt, dass Fraport den Zugschlag für die 14 Regionalflughäfen zum Preis von 1,23 Milliarden Euro bekam.



Wenn die Politiker von heute mal Karl Marx lesen würden . . .

. . . wären sie vielleicht nicht mehr ganz so ahnungslos.

*„Das Kapital flieht Tumult und Streit und ist ängstlicher Natur. Das ist sehr wahr, aber doch nicht die ganze Wahrheit. Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es allemenschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens. Wenn Tumult und Streit Profit bringen, wird es sie beide encouragieren. Beweis: Schmuggel und Sklavenhandel.“**

Fügen wir hinzu: Wirecard, die Fleischindustrie, die Autokonzerne mit ihren Abgaslügen und so weiter und so fort!

**) Karl Marx zitiert hier den Funktionär der englischen Gewerkschaftsbewegung T. J. Dunning. Er belegt damit seine Behauptung, dass „das Kapital von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend“ zur Welt gekommen ist. Marx stellt im 7. Abschnitt des ersten Bandes des „Kapitals“ den Akkumulationsprozess des Kapitals, hier im speziellen Falle die „Genesis des industriellen Kapitalisten“ dar.*

	DKP-MW.DE	Mehr Infos unter...	
	YOUTUBE.COM/SDAJTV		
	INSTAGRAM.COM/DKPMOEWA		
	FACEBOOK.COM/DKPLINKLISTE		
	T.ME/FORTSCHRITTLICHE_CORONA_INFOS		

Wir haben in den letzten Monaten viele Spenden erhalten.
Sie helfen, das Projekt „blickpunkt“ weiterzuführen.
Danke!

Das blickpunkt-Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG
IBAN DE37508525530009003419